

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Beleggeld vierteljährlich 14,00 zL, monatlich 4,80 zL. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 zL. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 zL, monatlich 5,39 zL. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 zL, Danzig 8 zL, Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung ufm.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr, die einseitige Reklamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Da. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorrück und schwierigerem Satz 50% Aufschlag. — Abbehebung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Differenzgebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postkonten: Polen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 114.

Bromberg, Sonnabend den 21. Mai 1932.

56. Jahrg.

Zweimal Rentin.

Die Belgische Regierung stirbt,
um die Kammer am Leben zu erhalten.

Von Gerhard Blefer.

Das Kabinett Rentin ist zurückgetreten. Es ist an der typischen Krankheit der Brüsseler Kabinette gestorben: an dem wallonisch-flämischen Gegensatz. Die liberalen Minister als Vertreter des wallonischen Flügels und die katholisch-flämischen Minister konnten sich nicht über die Fassung des Sprachengesetzes für die Volks- und Mittelschulen einigen. An diesem grundsätzlichen Widerspruch ist die Regierung gescheitert. Es ist anzunehmen, daß das neue Kabinett wieder Rentin heißen wird, wenigstens wird Rentin die Neubildung versuchen.

Als Rentin vor einem Jahre, am 5. Juni 1931, zum Ministerpräsidenten berufen wurde, sagte man seinem Kabinett keine lange Lebensdauer voraus. Katholiken und Liberale, die Regierungsparteien, fanden ihre verbrauchtesten Leute wie auch Rentin selber einer ist, hinein; sie beide hatten Angst, ihre guten Leute mit Ruf zu präzentieren, um nicht ihre Geltung zu verwirlichen. Dieses Ministerkabinett wurde in Belgien allgemein mit nicht sehr schmeichelhaften Beinamen belegt. Daß Rentin diese Leute ein Jahr lang gegen die Stürme der Kammer zusammenhalten, wenigstens mit geringen Änderungen zusammenhalten könnte, das hätte niemand geglaubt. Die stärkste Stütze des Kabinetts war auch nicht seine Leistung, sondern die offensichtliche Unmöglichkeit, im Augenblick eine andere Konstellation zusammenzubringen. Nun ist es eben doch dahin gekommen, an der Sprachenfrage, einem Kapitel, das für jede Belgische Regierung mit der Warnung „Achtung! Lebensgefahr!“ zu versehen ist.

Vor kurzem hatten die Liberalen und Wallonen das Verwaltungsstatut schlucken müssen, das die Einsprachigkeit der flämischen und wallonischen Teile des Landes und die Zweisprachigkeit Brüssels vorsieht, also im größeren Teile des Staates das Französische aus der Verwaltung auskallt. Analog diesem Verwaltungsstatut war vom Kammerausschuß ein Sprachengesetz für die Volks- und Mittelschulen ausgearbeitet worden. Der Unterrichtsminister aber änderte den Entwurf dahin ab, daß er für Flandern neben den flämischen Schulen solche mit französischer Sprache eingeführt wissen wollte. Diese in den Gesetzesentwurf nachträglich hineingebrachte Formulierung, daß also in Flandern eine Art französischer Minderheitsschulen bestehen sollte, lehnten die vier flämischen Minister ab. Rentin selbst hatte sich aber inzwischen mit den Liberalen verständigt und ihnen die genannte Änderung zugesagt. Als jedoch die flämischen Minister auf der vom Ausschuß genehmigten Fassung des Gesetzes bestanden, ließen die Liberalen den Ministerpräsidenten nicht mehr aus seinem Versprechen heraus. In einigen Tagen sollte die Aussprache in der Kammer beginnen. Rentin, der keinen Ausweg sah, wußte, um die Verschärfung der Gegensätze durch die Kammerdebatte zu verhindern, nichts Besseres zu tun, als vorher sein Amt niederzulegen.

Hätte er das nicht getan, so wäre es wahrscheinlich zu der schon so oft angesagten Kammerauflösung gekommen. Aber vor den dann nötigen Neuwahlen haben sowohl der König, wie die Wallonen und mehr noch die Katholiken Angst, da sie bestimmt einen starken Zuwachs der Oppositionsfraktionen, vor allem der flämischen Aktivistik, bringen werden. Die Merkmalen, die sich hauptsächlich aus Flandern ihre Sitze holen, können es nicht wagen, vor das Stimmvolk zu treten, nachdem sie vorher den Wallonen gefällig gewesen sind. Im Mai 1932 ist die Legislaturperiode der Kammer abgelaufen, die Merkmalen führten sich also sehr vlamenfreundlich auf. Noch ein Jahr eifriger Tätigkeit für Flandern kann ihren Wahlsichten, die im Augenblick sehr schlecht sind, nicht schaden, aber auf so plötzliche Neuwahlen sind sie nicht gut zu sprechen.

So also ist das Kabinett gestorben, damit die Kammer gerettet werde. Rentin, heißt es, soll wieder vom König mit der Kabinettsbildung betraut werden; auch werden schon Namen der neuen Männer genannt, so vor allem Sap, ein flämischer Katholik, der auch bei den flämischen Aktivistik Ansehen genießt, weiter Tschoffen und Devezze, während Heyman und van Caenegem nicht wieder zurückkommen sollen. Dem neuen Kabinett gegenüber, auch aus einer liberal-merkmaler Koalition gebildet, glaubt Rentin nicht mehr an sein den Liberalen gegebenes Wort gebunden zu sein, an dem vom Unterrichtsminister abgeänderten Sprachengesetz für die Volks- und Mittelschulen festzuhalten. Durch dieses etwas eigenartige Manöver würde er also freie Hand bekommen, den Vlamen weiter entgegenzukommen. Ob die Liberalen, und zunächst einmal: wer von ihnen das Taschenspielerkunststück mitmacht, steht noch dahin.

Da sie aber alle eine gewaltige Angst haben, die Kammer vor der verfassungsmäßigen Zeit aufzulösen und bald in die Neuwahlen zu gehen, wird es gewiß auch diesmal wieder zu einer Einigung kommen. Die Vlamen, die als Schreckgespenst die Kammer von einer für sie, die Vlamen, günstigen Entscheidung zur-ändern jagen, werden

auch diesmal den Erfolg davon tragen; sie treiben dieses Parlament, das längst nicht mehr die Volksmeinung widerspiegelt, aber darum nicht sterben will, vor sich her, wohin sie wollen. Den flämischen Minimalisten wird jetzt wieder einmal genug getan werden. Die Aktivistik aber bleiben auch dabei immer noch in der Opposition und versagen den Gesetzen ihre Zustimmung, weil sie wissen, daß sie durch ihr Festhalten an den maximalen Forderungen das Volk für sich gewinnen, daß sie sich so den Sieg bei den Gemeindewahlen im kommenden Juli und den Kammerwahlen im kommenden Mai sichern werden.

Der gefährliche Juli.

Der Eindruck einer Herriot-Erklärung in London

London, 20. Mai. (Eigene Meldung.) Das führende englische Oppositionsblatt, der arbeitsparteiliche „Daily Herald“, veröffentlicht eine Unterredung mit Herriot, in der dieser erklärte, daß eine Herabsetzung der deutschen Tributzahlungen unmöglich sei, wenn sich die Vereinigten Staaten und England (!) nicht zu entsprechenden Herabsetzungen der Kriegsschuldenzahlungen bereit erklärten.

Über die Abrüstung sagte Herriot: Die radikal-sozialistische Partei beurteilt die Abrüstung als eine Frage der internationalen Sicherheit. Sie glaubt, daß die Verringerung oder Herabsetzung der Rüstungen nur unter der Obhut des Völkerbundes möglich ist. Diese Herabsetzung kann nur schrittweise im Verhältnis zur Entwicklung der Sicherheit durchgeführt werden. Sie befürwortet die Organisation einer internationalen bewaffneten Macht, die Internationalisierung der Tanks, schweren Artillerie, strategischen Eisenbahnen und Dampfschiffahrtslinien, die für die Mobilisierung von Truppen verwendet werden können.

„Daily Herald“ kommentiert diese reichlich überalterten Erklärungen Herriots dahin, daß Herriot, nachdem er die Wahlen mit Hilfe der Sozialisten gewonnen habe, nunmehr seine Verbündeten über Bord werfe und seine Regierung unter Einfluß der Tardieu-Parteien bilden wolle, gegen die sich seine ganze Propaganda bei den Wahlen gerichtet habe. Kurz gesagt habe Herriot die Politik Tardieus in der Frage der Tribute und der Abrüstung in jeder Beziehung übernommen.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ meldet weiter, daß die von Herriot abgegebenen Erklärungen über Reparationen und Sicherheit in diplomatischen Kreisen Londons einen niederschmetternden Eindruck gemacht hätten. Wenn diese Äußerungen wirklich die Ansichten der neuen französischen Regierung darstellten, so würde die Lausanner Konferenz höchstens eine Verlängerung des Moratoriums um einige Monate bringen. Die Folge werde sein, daß im Verlauf von weiteren zwei Monaten Deutschland zwangsläufig ein „Transfer-Moratorium“ für seine wirtschaftlichen Schuldenverpflichtungen erklären müsse. Das sei die größte Gefahr, die heute Europa bedrohe.

Da seit Beginn des Hoover-Moratoriums nichts zur Verbesserung der Lage geschehen sei, so näherte sich jetzt schnell die zweite große Krise, so daß die Sachverständigen die größten Befürchtungen für den Monat Juli hätten. Wenn es wahr sei, daß Herriot keiner Herabsetzung der deutschen Reparationszahlungen ohne eine entsprechende Herabsetzung der Kriegsschulden zustimmen wolle, so sei das eine viel schärfere Haltung, als Tardieu und Flandin eingenommen hätten. Dadurch, daß Herriot ein vorheriges Zugeständnis von Amerika verlange, stelle er eine unmögliche Bedingung. Das wisse er auch genau. Unter diesen Umständen müsse Lausanne zu einem Fehlschlag werden. Herriots Politik bedente den Zusammenbruch Deutschlands, vermutlich aber auch den wirtschaftlichen Zusammenbruch der gesamten mitteleuropäischen Staatenwelt, dessen verdringenden Folgen sich auch die Franzosen nicht entziehen könnten.

Schluß mit dem Wahnsinn.

Lausbury's Abrüstungsforderungen.

In einem offenen Brief an die liberale „News Chronicle“ begründet der englische Oppositionsführer Lausbury seine Forderung nach völliger Rüstungsgleichheit Deutschlands mit den anderen Staaten. Damit wolle er nicht sagen, daß Deutschland „von neuem das Rennen nach der Vorherrschaft in den Rüstungen“ aufnehmen solle. Die englische Opposition fordere, daß Amerika, England, Frankreich, Italien und Japan sofort ihre bei der Unterzeichnung der Friedensverträge ausdrücklich gegebenen Verpflichtungen erfüllen, auf den Stand Deutschlands abzurufen. Ebenjowenig könne man die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands durch Einbreitung oder brutale Gewalt verhindern. Lausbury schließt mit der Hoffnung, daß sich in Lausanne ein Staatsmann finden werde, der seine Kollegen dazu anfordert, „mit dem Wahnsinn aufzuhören“ und den Tatsachen ins Gesicht zu sehen.

Englischer Pessimismus.

London, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Auf einer konservativen Versammlung sprach sich Sir Robert Horne recht pessimistisch über die Aussichten der Lausanner Konferenz aus. Man habe anfangs einige Hoffnung auf die Konferenz gesetzt, aber die Ereignisse der letzten Wochen rechtfertigten kein allzu großes Vertrauen. An sich sei die Lösung nicht schwierig, aber der menschliche Geist gehe gewundene Pfade, wodurch die Schwierigkeiten immer größer wurden.

England könne verlangen, daß das Schuldenproblem in einer Weise in Angriff genommen werde, die eine Lösung zulasse. Auch die Währungsfrage müsse gelöst werden. Die Welt dürfe niemals wieder in derartige finanzielle Schwierigkeiten geraten, wie das jetzt der Fall sei.

Paderewski über Korridor- und Minderheitsfragen.

Die polnische Presse hatte schon seit längerer Zeit angekündigt, daß der bekannte Komponist und ehemalige polnische Ministerpräsident Jagan Paderewski in Amerika Propagandavorträge für Polen halten werde. Wie jetzt aus New York gemeldet wird, hat der Künstler auf Einladung der dortigen Handelskammer eine durch Rundfunk im ganzen Lande verbreitete Rede über das Thema „Polen und der Friede“ gehalten. Anwesend waren, wie die Polnische Telegraphen-Agentur mitteilt, Vertreter der amerikanischen politischen, finanziellen und kulturellen Welt. Paderewski hielt eine etwa einstündige Rede, in der er u. a. die historischen, wirtschaftlichen und ethnographischen Rechte Polens auf Pommern unterstrich und dann die Lage der deutschen Minderheit in Polen der Lage der polnischen Minderheit in Deutschland gegenüberstellte. (Bei einem Propaganda-Vortrag für Polen sollte man diesen Unterschied in der beiderseitigen Behandlung der Minderheiten besser verschweigen. D. R.)

Paderewski lehnte die Bezeichnung „Korridor“ ab, weil das Gebiet, das man so nenne, altes polnisches Land sei. Wenn ein Land von moralischem Unrecht sprechen dürfe, dann sei es Polen, das 1½ Jahrhunderte lang durch die Politik Rußlands und Preußens auseinandergerissen wurde. Eine Änderung der polnischen Grenzen würde eine neue Teilung bedeuten.

Paderewski behauptete dann, daß 884 000 Deutsche in Polen leben, dagegen 985 000 Polen in Deutschland. Es gebe fünf deutsche Abgeordnete und drei deutsche Senatoren in Warschau, aber keinen einzigen polnischen Reichstagsabgeordneten. In Polen beständen 811 deutsche Minderheitenschulen, in Preußen nur 81 polnische. Wer also dürfe sich über die unfaire Behandlung seiner Minderheiten beklagen?

In seinen Ausführungen über Ostpreußen gab Paderewski seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß Ost-

preußen bis heute eine „deutsche Kolonie“ (1) geblieben sei. Das beweise seine spärliche Besiedlung. Ein weiterer Beweis seien die Gelder für die Osthilfe, die zur Stärkung des Germanismus vom Reich gegeben werden. Paderewski warnte vor einer neuen Teilung Polens, das den Frieden mehr brauche als ein anderes Land, und auch freundschaftliche und friedliche Beziehungen zu Deutschland wolle. Polen habe zweimal die westliche Zivilisation gerettet, früher einmal gegen die Türken, dann gegen die Sowjets, und es werde sich, wenn man es angreife, auch weiter bis zum letzten Wutstropfen zu verteidigen wissen.

In einem Kommentar zu dieser Rede betont die „Bosnische Zeitung“, daß Paderewski verschiedene Irrtümer bei seinen Zahlenangaben unterlaufen seien. Die Ziffer der im Jahre 1925 vorgenommenen deutschen Volkszählung ergebe nicht, wie Paderewski behauptet, fast eine Million, sondern nur 260 000 deutscher Staatsbürger polnischer Nationalität. Die letzten amtlichen Vergleichszahlen für Polen stammen aus dem Jahre 1921, wo die Zahl von 1 058 824 polnischer Bürger deutscher Nation angegeben wurde, für 1925 bewegten sich die Schätzungen zwischen 1,1 und 1,5 Millionen. Wenn es der polnischen Minderheit nicht gelungen sei, einen Vertreter in den Reichstag zu schicken, so liege dies einfach daran, daß ihre Glieder nicht so dicht beieinander wohnen, um die nötige Stimmzahl, selbst nicht bei Listenverbindungen, zu erreichen.

Ähnlich liegen — so schreibt die „Bosnische Zeitung“ weiter — die Dinge bei den Schulen. Die preussische Minderheiten-Gesetzgebung sei auch international als vorbildlich anerkannt worden, und die deutschen Stammesgenossen jenseits der Polengrenze wären glücklich, wenn Warschau ihnen die Freiheiten gewähren würde, die Berlin den fremdnationalen Bürgern einräumt. Wenn ferner die Subsidien für den deutschen Osten als eine „Stärkung des Germanismus“ angesehen werden, so müsse betont werden,

daß der deutsche Osten nicht germanisiert zu werden braucht. Das Diltand sei deutsch und werde es bleiben, und es sei eine Pflicht des Reiches, diesem Deutschtum in seinem Existenzkampf beizustehen, wobei die Frage, ob die Verteilung der Gelder immer wirtschaftlich zweckmäßig war, durchaus eine innere Angelegenheit Deutschlands sei.

Auf den Friedenswillen Polens gegenüber Deutschland eingehend, den Paderewski mit großer Emphase betonte, schreibt die „Vossische Zeitung“ wörtlich: „Wir wollen unsererseits nicht immer wieder ausdrücklich versichern, daß auch das deutsche Volk nichts mehr wünscht, als eine friedliche Gestaltung seines Verhältnisses zu allen Nachbarn, also auch zu Polen. Dem Frieden aber dient man nicht, wenn man falsche Behauptungen mit tendenziöser Absicht vor eine neutrale Öffentlichkeit streut.“

Kurswechsel in Memel.

Bedeutungsvolle Erklärung des neuernannten Gouverneurs

Königsberg, 20. Mai. (Eigene Meldung.) Wie aus Memel berichtet wird, hat der neu ernannte litauische Gouverneur bei der Übernahme seines Amtes eine Erklärung abgegeben, die einen bedeutungsvollen Kurswechsel der litauischen Politik gegenüber Deutschland und den deutschen Memelländern einzuleiten scheint. Gouverneur Gyls betonte, daß das Memelgebiet eine Brücke zwischen Litauen und Deutschland bilden müsse, daß er dem Deutschtum im Memellande im Rahmen der Selbstverwaltung volle Freiheit zusichern wolle, und daß er endlich alles tun werde, um die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland, die früher zum Segen des Landes bestanden hätten, wieder herzustellen.

Prozeß Meyer-Beckers vertagt.

Aus Memel wird gemeldet:

Der Prozeß gegen Schulrat Meyer und den Reichsdeutschen Beckers, der bekanntlich auf den 24. Mai festgesetzt war, ist am Mittwoch durch einen Geschäftsordnungsbeschluß des Kriegsgerichts auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Der Beschluß geht auf einen Antrag des Staatsanwalts beim Kriegsgericht, General Wiemer, zurück, der von vornherein der Auffassung gewesen sein soll, daß das Material gegen Meyer und Beckers nicht ausreicht und völlig unzulänglich sei. Dieses Material ist dem Untersuchungsrichter Nowicki, der auch die erste Voruntersuchung führte, zurückgereicht worden. Es ist zu hoffen, daß die nachträgliche Untersuchung nun zu einer Freilassung der Angeklagten und zu einer Niederschlagung des ganzen Prozesses führt.

Ratsentscheidung für Danzig.

Die polnische Handelsperre im Beredelungsverkehr wird für unrechtmäßig erklärt

Der Völkerbundrat beschäftigte sich am Donnerstag, dem 19. d. M., mit dem Konflikt zwischen Danzig und Polen wegen der von der Polnischen Regierung getroffenen Maßnahmen gegen den Beredelungsverkehr der Freien Stadt mit Deutschland. Es handelt sich bekanntlich darum, daß die Polnische Regierung durch direktes Vorgehen und Strafmaßnahmen den Abfluß der in Deutschland veredelten Danziger Erzeugnisse in Polen zu unterbinden sucht, im Widerspruch zu dem bestehenden Abkommen. Danzig hatte im März eine Entscheidung des Völkerbundkommissars herbeigeführt, wonach das Vorgehen Polens unzulässig sei. Hiergegen hat die Polnische Regierung beim Rat Einspruch erhoben. Der Rat beauftragte den britischen Unterstaatssekretär Eden, einen Bericht auszuarbeiten. Eden hat drei juristische Sachverständige zu Rate gezogen. Sein Bericht schließt mit einer

Resolution, die der Freien Stadt Danzig grundsätzlich recht gibt.

In der Resolution wird bestimmt, daß der Hohe Kommissar mit Unterstützung von Sachverständigen sobald als möglich seine Entscheidung treffen soll;

inzwischen dürfe die Polnische Regierung ihre Strafgesetze nicht derart handhaben, daß dadurch der Beredelungsverkehr über den Beredelungs- und Lagerverkehr präjudiziert werde.

Der Präsident des Danziger Senats, Dr. Ziehm, begrüßte die Resolution, bedauerte aber, daß sie sich nicht auch auf den Kontingentsverkehr erstrecke. Zurzeit sei der Warenverkehr von Danzig nach Polen so gut wie gesperrt.

Der polnische Außenminister Zaleski erklärte, seine Regierung sei stets der Meinung gewesen, daß es notwendig sei, die Herausbildung einer Atmosphäre ständiger Streitigkeiten zu vermeiden. Deshalb habe sie ihren Einspruch zurückgezogen. Er hoffe, daß eine Lösung gefunden werde.

Der Völkerbundkommissar Graf Gravinga versicherte, daß er alles tun werde, um normale Beziehungen herbeizuführen, und appellierte in diesem Sinne an beide Parteien.

Hiernach wurde die Resolution angenommen. Alles weitere hängt nunmehr von der materiellen Regelung ab.

Der Völkerbundrat und die nationalen Minderheiten.

Genf, 20. Mai. (P.M.) Im Zusammenhang mit dem Irak-Problem fand gestern im Völkerbundrat eine Aussprache über den Schutz der nationalen Minderheiten statt. Bei dieser Gelegenheit betonte der französische Hauptdelegierte Paul-Boncour, daß der Rat bei der Anwendung des Grundsatzes, nach welchem den nationalen Minderheiten bestimmte Rechte garantiert werden, sich durchaus nicht immer nach denselben Methoden richten müsse. Es sei offenbar, daß der Rat in dieser Beziehung in einer gewissen Verlegenheit sei. Einen Unterschied müsse man da machen, wo es sich um Staaten mit einer früheren Tradition handelt, denen gegenüber die Klausel des Minderheitenschutzes zum Ziele gehabt habe, zu ihrer Assimilation an den Staat im Rahmen der neuen Grenzen beizutragen, und wo es sich um Staaten handelt,

Aus dem Schuldienst entlassen, aber nicht ausgewiesen.

Berlin, 19. Mai. (P.M.) Wie das Conti-Bureau meldet, hat der Landrat des Kreises Bütow drei Lehrern der polnischen Minderheitsschulen, denen in der letzten Zeit durch den Regierungspräsidenten die Unterrichtserlaubnis entzogen worden war, das Aufenthaltsrecht in Deutschland abgesprochen. Noch vor Pfingsten sind diese drei Lehrer, die polnische Staatsangehörige sind, wieder nach Polen abgereist. Das Communiqué weist dabei darauf hin — entgegen tendenziösen polnischen Meldungen —, daß die Lehrer nicht aus Deutschland ausgewiesen worden seien.

Wir kommen auf diese Angelegenheit noch zurück.

die erst eine Schule der politischen Freiheit durchmachen. In dem letzten Falle müsse der Rat solche Entscheidungen treffen, aus denen kein Präzedenzfall für die Jurisdiktion auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes gegenüber solchen Staaten sich ergeben könne, die eine alte Tradition haben.

Im Anschluß daran gab der polnische Außenminister August Zaleski folgende Erklärung ab: „Ich schließe mich den Ausführungen des Vertreters Frankreichs über das Minderheitenproblem voll und ganz an. Lieber wäre es mir, daß das Komitee, welches die uns vorzuliegende Erklärung ausarbeiten soll, schon jetzt die auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes gemachten Erfahrungen berücksichtigen möchte. Es müßte ein System geschaffen werden, das die Möglichkeit ausschließt, die Minderheitenklausel für Zwecke zu verwenden, die den eigentlichen Zwecken des Minderheitenschutzgesetzes widersprechen.“

Keine Gleichberechtigung in der Luft.

Die Genfer Abrüstungskonferenz mußte am Mittwoch, dem 18. d. M., ihr wahres Gesicht enthüllen, als im Luftfahrtsauschuß ein deutscher Antrag zur Abstimmlung stand, die gesamte militärische Luftfahrt zu verbieten. Dieser Antrag wurde mit 22 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Für ihn stimmten nur Deutschland, Österreich, Ungarn, die Türkei, Sowjetrußland, China und Bulgarien. Mehr noch als die Ablehnung dieses Antrages zeigte die vorausgegangene Debatte, daß die Mehrheit der Mächte nicht im entferntesten daran denkt, Deutschland die Gleichberechtigung zuzugestehen.

Geld aus Frankreich?

Paris macht Schwierigkeiten

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Die Notiz der Londoner „Financial Times“ über die polnischen Bemühungen in Paris, eine Anleihe von 300 Millionen Frank zu erlangen und über die von Tardieu dem Minister Zaleski gegebene ausweichende Antwort — wird von der Warschauer Presse ausgiebig glossiert. Es wird angenommen, daß diese Meldung des gut informierten Londoner City-Organs sich auf das Gespräch bezieht, das Minister Zaleski vor mehreren Wochen im Beisein des Botschafters von Głapowski mit Tardieu hatte. Die oppositionelle Presse führt eine Reihe von Beweisen dafür an, daß die Frage einer französischen Anleihe für Polen noch immer in der Schwebe sei. Die Pariser Wochenschrift „Aux Contes“ (Nr. 790) notiert ein in der Deputiertenkammer aufgetauchtes Gerücht, laut welchem der Staatspräsident genötigt sein werde, die neue Regierung zu berufen, bevor noch die Kammer ihre Wirksamkeit begonnen hat. In Begründung dieser Annahme macht die Pariser Wochenschrift folgende Bemerkungen:

„Man hat nämlich versichert, daß Polen sich an die französische Regierung mit der Bitte um eine Anleihe in der Höhe von 250 Millionen Frank gewandt hatte. Der Finanzminister Pierre Etienne Flandin, der diese Nachricht übermittelte, sagte: Die Polnische Regierung hat es eilig, wir aber, deren Aufgabe sich auf die Erledigung der laufenden Angelegenheiten beschränkt, können nicht die Verantwortung übernehmen und ihr (der Polnischen Regierung) „ja“ oder „nein“ sagen. Diese Angelegenheit kann nur eine auf eine Kammermehrheit gestützte Regierung erledigen. Wir aber sind keine solche Regierung...“

Abg. Stroncki, der auf diese Sorge, welche die französische Interimsregierung mit dem polnischen Anleihenanhänger hat, hinweist, ist der Meinung, es handle sich dabei immer noch um die diesjährige Rate der ober-schlesischen-bindingener Eisenbahnleihe, deren Klüftung infolge einer schlechten Abfassung des Abkommens mit der französischen Finanzgruppe stockt. Die Hilfe der französischen Regierung ist hier nötig, weil die französische Gruppe sich auf die Schwierigkeiten auf dem Geldmarkt beruft, was sie sich vorsichtig im Abkommen vorbehalten hatte.

Daß es noch immer nicht leicht ist, für Polen Geld in Paris zu beschaffen, geht auch aus einer Erklärung des Deputierten Georges Mandel hervor, der auf die Frage, ob man Polen werde Geld geben können, entgegnete, daß die Schwierigkeit nicht in der politischen Haltung der Linken den in Polen herrschenden Verhältnissen gegenüber liege, daß vielmehr gerade eine Linkenregierung auf mangelndes Vertrauen und Geldschwierigkeiten stoßen werde. Mandel sagte, was er als Mann der Rechten sagen mußte.

Immerhin ist auch daraus ersichtlich, daß die Aussicht auf eine französische Anleihe noch immer durch ein dichtes Gestrüpp von Zweifeln und Verwahrungen verstellt ist.

Republik Polen.

Wieder zwei Todesurteile wegen Spionage.

Warschau, 20. Mai. (Eigene Meldung.) Das Bezirksgericht in Baranowicz beschiedigte gestern mit einem Prozeß gegen die beiden Brüder Mikolaj und Gabriel Czigiran aus dem Kreise Stolpe, denen die Anklageschrift Spionage für einen Nachbarstaat vorwarf. Die beiden Angeklagten wurden zum Tode durch den Strang verurteilt. Die Verteidiger wandten sich an den Präsidenten der Republik mit der Bitte um Begnadigung ihrer Mandanten.

Neue Wahlproteste vor Gericht.

Am 20. Mai d. J. wird sich das Oberste Verwaltungsgericht wieder einmal mit einigen Protesten gegen die letzten Sejmwahlen befassen. Es sind fünf Proteste vom Zentrallinksbund und von den Nationaldemokraten eingebracht worden; sie betreffen die Sejmwahlen im Wahlbezirk 44 (Nowy Sacz-Bochnia-Wieliczka).

Was man nicht sagen darf...

Auf Grund einer Entscheidung des Regimentskommandeurs in Brzegany, des Obersten Widacki, ist der Kaplan Michal Milewski seines Amtes enthoben worden. Der polnischen Presse zufolge steht diese Maßnahme mit einer Predigt im Zusammenhang, die der Kaplan am 3. Mai, dem polnischen Nationalfeiertage, gehalten hat. Dabei soll, wie das „ABC“-Blatt berichtet, der Kaplan erklärt haben, an dem Wiederaufbau Polens hätten die Vertreter aller politischen Parteien mitgearbeitet.

Empfang eines Bischofs.

Die katholische Presse-Agentur berichtet von einem sehr bezeichnenden Vorfall: Vor einigen Tagen sollte der Bischof von Lomza, Dr. St. Lukomski, eine kanonische Visitation der Gemeinde Zambrow vornehmen. Die Nachricht hatte im Städtchen große Freude hervorgerufen und viele Tausende auf die Beine gebracht, die den hohen Gast mit der Geißlichkeit des Ortes an der Spitze erwarteten. Das Städtchen war festlich dekoriert, sogar die jüdische Bevölkerung hatte nicht verfehlt, ihre Häuser gleichfalls zu schmücken. Nur ein Gebäude war kahl und ungeschmückt: das Rathaus. Es heißt, daß dies auf Anordnung des Starosten von Lomza geschehen ist.

Die erwähnte Presseagentur unterstreicht, daß der Bischof, der eine ganze Reihe von kirchlichen Feierlichkeiten beabsichtigt hatte, auch auf den Widerstand anderer Behörden gestossen sei, so: des Schulkurators, der die Schulkinder für diese Zeit nicht beurlaubte, des militärischen Befehlshabers der dortigen Garnison, der seinen Soldaten jegliche Teilnahme an diesen kirchlichen Feierlichkeiten verboten hatte.

Aus anderen Ländern.

Neuwahlen in Estland.

Am nächsten Sonntag finden in Estland Neuwahlen statt. Die deutsch-baltische Minderheit hat zusammen mit den Schweden eine gemeinsame Liste aufgestellt. In Dorpat, Pernau und Reval steht Baron Schilling an erster Stelle. Der Parteikampf ist so leidenschaftlich, daß das „Baba Naa“ bereits gegen die „Minderkrankheiten eines jungen Staates“ protestieren mußte:

„Kleinlicher Eigennutz und parvenühafte Gier, die als Folgen des Krieges und der Revolution es dem einzelnen möglich gemacht haben, nur für das eigene Wohlergehen zu sorgen, sind ungesunde Erscheinungen im staatlichen Leben. Niemand kann die einzelnen Parteien daran hindern, ihre Sonderinteressen zu verteidigen; aber die Gesamtinteressen des ganzen Volkes, die mit den Staatsinteressen in Einklang gebracht sind, müssen an erster Stelle stehen.“

Wir fürchten, daß dies Urteil nicht nur für den Estnischen Staat gilt. Das Parteienwesen gehört überall in Europa zu den größten Krebsgeschäden unserer Zeit.

Abbruch der Beziehungen zwischen Mexiko und Peru.

Die Mexikanische Regierung hat die diplomatischen Beziehungen zu Peru abgebrochen, weil die Peruanische Regierung die Abberufung des mexikanischen Gesandten und seines Stabes forderte. Peru begründete die Forderung damit, daß der mexikanische Gesandte kommunistische Elemente unterstütze. Der mexikanische Vertreter in Lima ist bereits im Flugzeug abgereist. Dem peruanischen Gesandten in Mexiko wurden die Pässe ausgehändigt.

Hetman Skoropadskij will König der Ukraine werden.

Die in Paris erscheinende russische Zeitung „Poslednija Nowosti“ berichtet, daß der ukrainische Hetman Skoropadskij vor kurzem nach London gekommen sei, um dort für den Gedanken einer ukrainischen Monarchie zu werben. Der Hetman erhebt selbst Anspruch auf diesen zu schaffenden Thron und versucht nun, hierfür Unterstützung in der englischen Aristokratie zu finden. Es heißt, daß er bereits eine gewisse Geldsumme erhalten habe; auch soll in London ein besonderes Informationsbureau eingerichtet worden sein, das für diesen Gedanken werben soll. Die Zeitung dieses Bureaus hat angeblich ein ehemaliger zarischer Diplomat inne.

Es geht das Gerücht, daß Hetman Skoropadskij auch eine Reise nach den Vereinigten Staaten unternommen hätte, um dort Gelder für den Kampf gegen den Bolschewismus und für die Loslösung der Ukraine vom Russischen Reich zu sammeln.

Ehrenaltar für die Toten des Weltkrieges.

In dem Ehrenaltar für die Toten des Weltkrieges in der St.-Pauls-Episkopalikirche in Hohenheim, dem amerikanischen Truppeneinrichtungsort während des Weltkrieges, fand eine Feier statt, die der Erweiterung der Bestimmung dieses Ehrenaltars durch die Einbeziehung der ehemaligen Feinde Amerikas in das Gedenken an die Kriegsoffer galt. In Gegenwart von Vertretern englischer, französischer, italienischer, belgischer und aller deutschen Veteranenorganisationen wurde am Ehrenaltar die deutsche Flagge neben den Fahnen der alliierten Mächte angebracht.

Der Hölle entflohen...

In den letzten Tagen gelang es wiederum einigen „Schwerverbrechern“, die zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt sind, aus Cayenne zu entkommen. Unter den Flüchtlingen befindet sich auch der Deutsche Paul Becker, der 1917 während des Weltkrieges von einem Kriegsgericht in Dran zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden war.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 20. Mai 1932.

Arafau - 2,60, Zawichost + 1,38, Warschau + 1,45, Bielsk + 1,31, Thorn + 1,65, Fordon + 1,74, Culm + 1,64, Graudenz + 1,91, Kurzebrat + 2,19, Bielsk + 1,68, Dirschau + -, Einlage + -, Schiewenhorst + -

Holderbaum.

Was kündet dir von ihrem Baum Frau Holle?
Das reinste Glück hängt an der Heimatscholle.

Aus diesem Baume sprechen deine Ahnen,
Sie wollen dich zum Bleiben hier gemahnen.

Das Vaterhaus, von Holder übersponnen,
Wird bergen dir den reichsten Liebesbrunnen.

Dies niedre Dach, verhängt von Blütendolden,
Berät dir wohl zu einer Halle golden.

Denn nicht die Arbeit birgt sich drin von heute,
Auch des Vergangnen ferne Siegesbeute.

Es haust ein Ahnherr drin, ein grauer Alter,
Es wohnen Geister drin als Hausverwalter.

Was das Geschlecht zusammen sich gewoben,
Dir, ihrem Enkel, ist es aufgehoben.

Christian Wagner.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 20. Mai.

Weiterhin sehr warm.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet weiterhin sehr warmes und trockenes Wetter bei geringer Luftbewegung an.

Nachlänge der Generalkirchenvisitation.

Im Anschluß an die Generalkirchenvisitation hat Generalsuperintendent D. Blau sämtliche visitierten Gemeinden ein Schreiben übersandt, in dem er ihnen für alle Freundschaft und Opferwilligkeit dankt, mit der die Visitationstage in den einzelnen Gemeinden ausgestaltet worden sind. Er spricht die Hoffnung aus, daß dieser Gruß der Gesamtkirche an die Gemeinde das Band um so fester geknüpft und den Glaubensmut, zumal in den pfarrerlosen Gemeinden, wieder gestärkt habe. Allen Gemeindegliedern gilt der Ruf zur Mitarbeit auf den mannigfachen Gebieten. So sollen Besogottesdienste und Hausgottesdienste eingeführt und vermehrt werden. Das neue Gesangbuch muß stärker verbreitet werden, damit seine Weisen in jeder Kirche erklingen. Die Jugend wird aufgefordert, sich in evangelischen Jugendvereinen zu sammeln und treu zu ihrem Bekenntnis zu halten, auch bei der Wahl ihres Ehegesährten. Die ernsteste Sorge gilt der religiösen Unterweisung der Kinder, die nicht mehr in allen Gemeinden ausreichend durchgeführt wird. Gerade hier hat das evangelische Haus, haben freiwillige Hilfskräfte ihre große Aufgabe. Die wirtschaftliche Notlage ist in einzelnen Kirchengemeinden recht bedenklich. Hier gilt es, alle Kräfte anzuspannen und in der Liebe zur Kirche rechte Opferwilligkeit zu beweisen. Die Worte des Oberhirten der unierten evangelischen Kirche klingen aus in einem starken Gottvertrauen, das auch eine schwache und gefährdete Kirche erhalten und tragen kann. pz.

Achtung, Eltern!

Die beiden Schulen mit deutscher Unterrichtssprache in Bromberg: 1. ul. Bernarbyńska 5 und 2. ul. Grünwaldska 44 (Deule) geben bekannt, daß die Aufnahme der Schulneulinge am 23., 24. und 25. Mai dieses Jahres in den Dienststunden von 9—1 Uhr erfolgt. Unbedingt vorzulegen sind: Geburtsurkunde und Impfchein.

Die Anmeldung der Kinder der Jahrgänge 1919 bis 1926, die das Deutsche Privatgymnasium bzw. -lyzeum besuchen, erfolgt durch die Schulleitungen dieser Schulen selbst. Eine besondere Anmeldung dieser Kinder in den Volksschulen und durch die Eltern ist darum nicht erforderlich.

Dagegen müssen alle Kinder dieser Jahrgänge, die etwa anderweitig unterrichtet werden (Hausunterricht usw.) ohne Unterricht sind, in den obengenannten Volksschulen angemeldet werden.

§ Falschgeld. In der Posener Filiale der polnischen staatlichen Agrarbank wurde vor einigen Tagen das Falsifikat einer 500 Zloty-Note angehalten, die ein Landwirt aus dem Kreise Dobrosz (Westpolen) bei der Bank einzahlte. Die Falschnote wurde der Warschauer Papiergeldfabrik zur näheren Prüfung überhandt. Es handelt sich um das erste Falsifikat in Form von 500 Zloty-Noten, das bisher entdeckt worden ist. — Die falschen Hundertdollar-Scheine, die in letzter Zeit in Polen aufgetaucht sind, sind daran zu erkennen, daß sie zu der Serie mit dem Bildnis Benjamin Franklins gehören, eine größere (fettere) Nummerierung aufweisen und das Bildnis Franklins etwas verschwommen wiedergeben.

§ Die am stärksten verschuldeten Städte Polens. Im Zusammenhang mit den Arbeiten zur Gesundung der kommunalen Wirtschaft Polens ist festgestellt worden, daß im laufenden Jahre zu den am stärksten verschuldeten städtischen Selbstverwaltungen die Magistrate von Plock und Lida gehören. In den beiden genannten Städten sind die zur Abzahlung der kurzfristigen Schulden erforderlichen Summen größer, als der gesamte diesjährige Ausgabenetat.

§ Während des letzten Gewitters schlug ein Blitz in den Schornstein eines am hiesigen Schlachthof gelegenen Wohnhauses. Der Schornstein wurde zertrümmert, Personen kamen zum Glück nicht zu Schaden. Während des Blitzschlages hatte einer der Beamten der Direktion ein Telefongespräch geführt und verspürte einen heftigen Schlag gegen den Kopf.



Vor dem Rasieren

und zwar vor dem Einseifen müssen Sie sich immer mit

NIVEA - CREME
NIVEA - ÖL (Hautfunktions- u. Massage-Öl)

oder

einreiben, — nicht zu stark, denn das beeinträchtigt die Schaumbildung. Sie können sich auch schon abends einreiben. Die Haut wird dann geschmeidig, das Barthaar erweicht, und Sie leiden nicht mehr unter geröteten, aufgesprungenen Stellen.

Nivea-Creme: Zl. o 40 bis 2.60 | Nivea-Öl: Zl. 2.00 und 3.50

§ Zirkus Staniewski. Die Welt, die man unter dem Zeltdach eines Zirkus vorfindet, ist verlockend. Es wird wohl kaum jemals eine Zeit geben, die mit dem Wahselzucken der Überlegenheit daran vorübergehen wird, die es verlernt haben sollte, sich vorbehaltlos dieser bunten Folge von Illusion, Kaltblütigkeit, Geschicklichkeit und des Farbenspiels anzuvertrauen. Jede Generation wird sicherlich ihre eigene Einstellung zu dieser Welt haben, in der Menschen und Tiere unter einen Willen gezwungen werden, um Bewunderung und Erstanten hervorzurufen. Trotzdem aber wird diese Einstellung eine stets positive sein und bleiben. So nur ist es zu verstehen, daß der Mensch des 20. Jahrhunderts kaum jemals der Verlockung der Zirkusreklame widerstehen kann. Am gestrigen Abend hat man es in den Zelten des Zirkus Staniewski wieder erlebt. Die Eröffnungsvorstellung brachte ein vorzügliches Programm, das zudem in einer geschickten Aufstellung von Nummer zu Nummer eine Steigerung bedeutete. Von Riesenausmaßen kann bei diesem Zirkus nicht gesprochen werden, die Darbietungen stehen jedoch auf einer Höhe, wie man sie nur selten sieht. Man geht keinesfalls irre, wenn man annimmt, daß man diese oder jene Attraktion auf den großen Varietébühnen Berlins oder anderer Städte gesehen hat, die auch dort als „Haupttreffer“ galten. Da ist die vorgeführte Truppe Kremo an erster Stelle zu nennen, ihr ebenbürtig die Gruppe Balzer, der Gladiateur Pomi mit den unglaublichen Leistungen, die 10 Brog mit ihren ausgezeichneten akrobatischen Leistungen, Williams Hundedressur, Kapitän Proskes Löwendressuren, die beiden Clowns Sim-Bom, Cini-Jellics Reitschule u. a. m. Das Programm wird schnell und in musterger Ordnung abgewickelt, und man vergißt, daß Stunden verfließen sind.

§ Unverhofftes Wiedersehen. Vor einigen Tagen wurden dem in der Danzigerstraße 51 wohnhaften Kazimierz Mega eine Jacke, Schuhe und eine Taschenuhr gestohlen. Als der Bestohlene kurz darauf an einem Waldvergnügen teilnahm, bemerkte er plötzlich einen jungen Mann, der seine gestohlene Jacke trug. Er holte sich einige Bekannte heran, trat auf den Dieb zu und nach einigen energischen Griffen stand der Jüngling in Hemdsärmeln da. Er wurde der Polizei übergeben.

§ Einbrecher drangen in der Nacht zum 19. d. M. in das katholische Vereinshaus ein und stahlen verschiedene Gegenstände, die dem Kirchenverein gehörten. — Der Frau Stanislawa Lecinska, Gartenstraße (Dobrowa) 15 wurden von einem Diebe verschiedene Kleidungsstücke aus der Wohnung gestohlen. — Janina Schmidt, Friedenstraße (Pasma) 3, meldete der Polizei, daß ihr ein 20-Zloty-Schein aus der Handtasche gestohlen wurde, als sie in der Krankenkasse ein Bad nahm. — Der Johannisstraße 15 wohnhaften Frau Anna Battermann stahl ein unbekannter Einbrecher aus der Wohnung Schmuckgegenstände im Werte von 400 Zloty. — Marta Chmielewska, Rinfauerstraße (Pomorska) 23, meldete der Polizei, daß ein Einbrecher ihr eine Damenuhr gestohlen habe. — In das Zuckergeschäft Bahnhofstraße 68 verschaffte sich ein unbekannter Täter Eingang, indem er die Scheibe in der Tür eindrückte und eine größere Menge Schokolade und Tee mitnahm.

§ Verkehrsunfall. An der Ecke Danziger- und Elisabethstraße fuhr das Motorrad P. 3. 47137 auf einen Radfahrer auf. Das Fahrrad wurde beschädigt, während der Radler mit dem Schrecken davonkam.

§ Wer ist der Besitzer? Im 3. Polizeikommissariat befindet sich eine silberne Uhr mit der Fabriknummer 9904. Die Uhr rührt wahrscheinlich von einem Diebstahl her und kann vom rechtmäßigen Eigentümer in dem genannten Kommissariat abgeholt werden.

§ Festgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages zwei Personen wegen Brandstiftung, zwei wegen Bettelns und Bagabundierens und eine wegen Trunkenheit.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Suzulisch-Zakoponische Ausstellung. Am Sonnabend, dem 21. d. wird im Saale „Refurska Kupiecka“, Jagiellońska 13/1, eine Suzulisch-Zakoponische Sammelausstellung von Sonderzeugnissen der Karpathenbewohner eröffnet. Es sind dort wunderschöne Teppiche (Kilims) und andere Handarbeiten aus Holz, Tuch, Keramik und weitere Gegenstände zu sehen. Die Ausstellung bietet allen hochinteressante Einblicke in ein wirtschaftlich bedeutendes Gebiet einfacher, schöner Volkskunst. Die Veranstaltung dauert nur einige Tage. Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends. (2180)

Ein Eisenbahndamm vom Gewitterregen unterpült.

* **Mogilno, 19. Mai.** Über die Umgebung von Mogilno ging am gestrigen Nachmittag ein wolkenbruchartiger Gewitterregen nieder, der großen Schaden anrichtete. Auf der Strecke Posen—Znowroclaw wurde der Bahndamm durch die Wassermassen unterpült, so daß die Züge angehalten werden mußten. Starke Arbeiterkolonnen wurden herangezogen, um eine Ausbesserung des Bahndammes vorzunehmen. Schließlich konnte der Verkehr nach zwei Stunden durch Umsteigen wieder aufgenommen werden. In der Richtung von Mogilno nach Bartoszin hat der Regen die Ortshäfen Schekingen, Trodau, Katersfelde usw. überschwemmt. Die Gräben konnten die Wassermassen nicht fassen. Einzelne Gehöfte waren rings von Wasser umgeben.

§ Drzhowo, Kreis Mogilno, 19. Mai. Ein schweres Gewitter entlud sich am Mittwoch Nachmittag. Ein Blitzschlag scherte das Wohnhaus der Frau Schwantke-Galschinel bis auf die Umfassungsmauern ein. Das Mobiliar konnte nur teilweise gerettet werden und ließen „hilfsbereite Hände“ viel von dem Geretteten verschwinden. Das Gewitter war mit wolkenbruchartigem Regen und Hagel bis zu Hühneriergröße begleitet, so daß die Ernte bedeutenden Schaden genommen hat.

§ Ernie (Koronowo), 19. Mai. Der heutige Vieh- und Pferdemarkt war nur schwach besetzt. Luxuspferde waren nicht gestellt. Gute Arbeitspferde brachten 300—450 Zloty, schlechtere 60—250 Zloty, gute hochtragende Milchkuhe 250—350 Zloty, ältere, abgemolkene 120—220 Zl., hochtragende Färren 120—150 Zloty. Der Umsatz bei Pferden und Rindern war zufriedenstellend. Auf dem Wochenmarke brachte Butter 1,50—1,90 das Pfund, Eier 1,00 bis 1,20 die Mandel. Mastschweine kosteten 52—60 Zloty der Zentner, Abfahrferkel 30—42 Zloty das Paar. Läufer Schweine wurden nicht verkauft. — Bei dem gestrigen Gewitter schlug ein Blitz in die Feldscheune des Kaufmanns Otto Forch hier selbst; die Scheune wurde in kurzer Zeit eingestürzt. Verbrannt sind ungefähr eine Fuhre Stroh, eine Fuhre Heu und eine Säckelmaschine. — Ferner schlug ein Blitz in die Scheune der Försterei Gniot in Tilosöh und vernichtete diese sowie einen Stall.

pa Reichelhorst (Wloki), Kreis Bromberg, 19. Mai. Diebe drangen in der vergangenen Nacht durch ein Fenster in den Viehstall des Besitzers Eduard Richter ein und nahmen ein Schwein von 120 Pfund, ca. 20 Hühner und einen Sack mit Mele mit. Von den Tätern fehlt jede Spur.

v Argenau (Gniemkowo), 19. Mai. Der heutige Wochenmarkt wies einen lebhaften Verkehr auf. Man zahlte für Butter 1,50—1,70, Eier 0,70—0,90 die Mandel und Kartoffeln 1,80—2,00 der Zentner. Mastschweine brachten 56—58 Zloty pro Zentner, Abfahrferkel je nach Größe und Alter 28—30 Zloty das Paar und Läufer Schweine 35—38 Zloty das Stück. — Ein frecher Diebstahl wurde gestern vormittag gegen 10 Uhr hier ausgeführt. In die Wohnung der Krankenschwester und der Kirchendienerfrau drang ein Bandit ein und entwendete der Krankenschwester 12,50 Zloty in bar und der Kirchendienerfrau eine Damenuhr, zwei Trauringe, sowie Oberhänden und Strümpfe. Da man den frechen Dieb gesehen und erkannt hat, dürfte es der Polizei wohl bald gelingen, ihn hinter Schloß und Riegel zu bringen. — Heute vormittag gegen 9 Uhr wurde die hiesige Feuerwehr alarmiert, da es auf dem Speicher der früheren Motrifabrik von Gawro brannte. In rasender Geschwindigkeit verbreitete sich das Feuer infolge der Trockenheit und des heftigen Windes über die Nachbargebäude und legte ein Wohnhaus, eine Schmiede-werkstatt, sowie eine Bäderei bis auf die Umfassungswände vollständig in Asche. Mit übermenschlicher Aufopferung arbeiteten die Feuerwehrmannschaften und es ist nur tiefen sowie den Motorspritzen von Znowroclaw und Montwy zu verdanken, daß die umliegenden Wohngebäude gerettet wurden. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit konnten die vielen Spritzen ihre Arbeit einstellen. Die Ursache des Brandes ist noch nicht geklärt. Der Gesamtschaden wird auf 30 000 Zloty geschätzt.

z Znowroclaw, 19. Mai. Hohe Hände lösten in der ul. Barbara an 30 Bäumen die Rinde mit einem Messer. Nur durch sofortige Hilfe wird es möglich sein, einen Teil der Bäume zu retten. — Vor Gericht hatten sich Kazimierz Biernacki und Pankracy Janowski wegen verschiedener Einbruchsdiebstähle zu verantworten. Außerdem haben auf der Anklagebank Platz genommen: Kazimierz Krzeminski, dessen Vater Jan Krzeminski, Wladyslaw Denczak, Florian Daruzewski und Pelagja Janowska, die sich wegen Hehlerei zu verantworten haben. Biernacki und Janowski, die bereits vorbestraft sind, haben gemeinsam im Februar dieses Jahres bei dem Kaufmann Kaczmarek hier selbst am Markt nach Einschlagen der Schaufensterscheibe daraus acht Ballen Wäsche, Socken, Hemden, Beinkleider, Taschentücher usw. entwendet; ferner hat der Angeklagte Biernacki die Schaufensterscheibe der Firma Bata zertrümmert und dort verschiedene Paar Schuhe und Stiefel entwendet, ebenso hat er aus dem Schaufenster des Herrn Solinski eine Anzahl Zigarettens, vier Zigarettensetts, einige Zigarettenspitzen u. a. m. gestohlen. Die Angeklagten Jan Krzeminski, Denczak, Daruzewski hatten von Biernacki neue Schuhe zu 10 resp. 5 Zloty gekauft, wollen aber nichts davon gewußt haben, daß die Sachen gestohlen waren. Auch die Pelagja Janowska behauptet, nicht gewußt zu haben, daß die ihr von ihrem Mann gebrachten Sachen gestohlen waren. Bei vorgenommenen Hausdurchsuchungen wurden bei den Janowskis Eheleuten sowie auch bei Krzeminski einige Rollen Wäsche, Damenhemden, Socken, Taschentücher vorgefunden. Das Gericht sprach sämtliche Angeklagte schuldig und verurteilte Biernacki zu 10 Monaten, Janowski zu 3 Monaten, Jan Krzeminski und Pelagja Janowska zu 2 Wochen Gefängnis und die übrigen Angeklagten zu je 5 Tagen Gefängnis.

Chef-Redakteur: Gottlob Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Strauß; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heyke; für Anzeigen und Reklamen: Edmundo Praygodski; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 114

Bommerellen.

20. Mai.

Graudenz (Grudziadz).

Schweres Mißgeschick hatte Donnerstag abend der Kutscher der hiesigen Brauerei Kunterstein Antoni Riedtke in der Altmarktstraße (Starorzynowa)...

Eine männliche Leiche wurde Mittwoch in der Nähe der Weichselbrücke aus der Weichsel gelandet. Sie war nur notdürftig bekleidet und, zumal auch keine Papier vorgefunden wurden, bis jetzt nicht zu identifizieren.

Gesundene Gegenstände. Vom 1. bis 30. April sind im städtischen Amt für Sicherheit und öffentliche Ordnung folgende Gegenstände als gefunden abgeliefert worden: ein Meißel, ein Ambos, eine braune Kinderhandtasche, eine nickelne Türklinke, eine Damenuhr und drei Schlüssel...

Gefasste Hühnermarder. Ein Kriminalbeamter bemerkte in der Nacht zum Mittwoch nahe der Czarniecki-Kaserne zwei mit Säcken beladene Personen. Wie sich herausstellte, hatten die beiden Leute in den Säcken etwa ein Duzend Hühner, die sie Landleuten in Tuch (Tuzewo) entwendet hatten.

Zwei Einbrüche in einer Nacht wurden kürzlich in Grutta (Gruta), Kreis Graudenz, verübt. In einem Falle raubten die Täter aus der dortigen Schmiede einen Schraubenschlüssel (Franzosen), Zangen und eine Brechstange...

Zwei Einbrüche in einer Nacht wurden kürzlich in Grutta (Gruta), Kreis Graudenz, verübt. In einem Falle raubten die Täter aus der dortigen Schmiede einen Schraubenschlüssel (Franzosen), Zangen und eine Brechstange...

Thorn (Torun).

Fliegerangriff und passive Schutzmaßnahmen.

Um der Zivilbevölkerung zu zeigen, wie sie sich im Falle eines Fliegerüberfalles zu verhalten hat, wurde am Mittwoch durch Flugblätter bekanntgegeben, daß in den Abendstunden ein Fliegeralarm stattfindet.

Abends 9 Uhr ging's auch richtig los. Die Sirenen lärmten. Straßenbahn Autos und Fuhrwerke löschten die Lichter und stellten den Verkehr ein. Bald darauf erlosch das elektrische Licht und einige Zeit später auch die Gasbeleuchtung der Straßenlaternen.

Gegen 9.30 Uhr flammten dann wieder die Lichter auf. Die Sirenen kündeten durch einen langanhaltenden Pfiff den Schluß der Probe an. Die Straßen belebten sich wieder zusehends und alles nahm seinen gewohnten Gang.

Donnerstag vormittag erklangen wiederum die Sirenen und kündeten einen Probealarm für die Vorstadt Mocker an.

Der Wasserstand der Weichsel erfuhr in den letzten 24 Stunden eine Abnahme um 15 Zentimeter und betrug Donnerstag früh 1,82 Meter über Normal.

Ministerbesuch. Am Freitag wird der Kultusminister Janusz Fedrzejewicz in Thorn weilen, um nachmittags einige Schulen zu besichtigen. Am Sonnabend beabsichtigt er sich zu demselben Zweck nach Graudenz.

Änderung der Meldevorschriften. Die Ende vorigen Jahres in Kraft getretene Verordnung über das Meldewesen hat bereits durch ein kürzlich veröffentlichtes Gesetz eine Abänderung erfahren. Die bisherigen Vorschriften besagten, daß sich jeder, der länger als 24 Stunden in einer Ortschaft weilt, vor Ablauf der nächsten 24 Stunden in der Gemeinde anmelden muß.

men ist, wenn sich eine Person in dem betreffenden Ort länger als 3 Tage aufhält. Eine Ausnahme hierbei bilden jedoch die Kurorte, wo die Anmeldung der Zugereisten innerhalb 48 Stunden zu erfolgen hat.

Öffentliche Ausschreibung. Das Bezirksbauamt Nr. VIII in Thorn (Okręgowy Urząd Budownictwa Nr. VIII w Toruniu) hat die Lieferung von 15 000 Kilogramm Karbolinum für die Militärformationen ausgeschrieben.

Durchgehende Pferde. Am Nachmittag des zweiten Feiertages rissen sich in der Copernicusstraße (ul. Kopernika) zwei Pferde von einem Wagen des Chefs des Stabes des D.N.R. VIII los und stürmten durch die Seglerstraße (ul. Zeglarska) zur Breitenstraße (ul. Szeroka).

Wegen Kohlendiebstahls von einem Transitzug wurde am Mittwoch ein Mann verhaftet. An demselben Tage erfolgte noch eine Festnahme wegen einer Schlägerei.

Ein Taschendieb entwendete auf dem Stadtbahnhof dem in Alexandrowo-Kuj. wohnhaften Kasimir Cederbaum die Brieftasche mit Geld und Dokumenten.

Diebstahlströnik. In der Nacht zum Donnerstag wurden aus dem Taubenstall von Jan Szulc, wohnhaft Gehlerstraße (Wybickiego), vier Tauben im Werte von 45 Zloty gestohlen.

Dirschau (Czerm), 19. Mai. Ein Auto gestohlen. In der letzten Nacht drangen bisher ungefasste Täter in die Garage des Herrn Josef Dunajski ein und ließen das dort befindliche Auto mitgehen.

Gdingen (Gdynia), 19. Mai. Vom Zuge überfahren wurde heute früh unweit des Arbeiterhotels der Eisenbahnbeamte Johann Bantor, der in der Lokomotivwerkstatt beschäftigt war.

Schwek (Swiecie), 19. Mai. Kürzlich ist bei dem Landwirt Peter Rehnus auf der Kolonie Ostrowice Feuer ausgebrochen, wodurch die Scheune mit dem daneben gelagerten Stall ein Raub der Flammen wurde.

Stargard (Stargard), 19. Mai. Am 17. d. M. brannte in Kofschow bei Stargard ein Junghaus nieder. Das Feuer soll durch den schadhaften Schornstein entstanden sein.

Wandsburg (Wącborz), 19. Mai. Bunt neuem Eisenfahrplan ab 22. 5. d. J. erfolgt eine wesentliche Abänderung der Abfahrtszeiten ab Station Wandsburg wie folgt: In Richtung Konik um 6.03, 9.59, 12.46, 16.18 und 21.31 Uhr.

Zbiczno (Kr. Strasburg), 18. Mai. Ein Feuer brach im Gehöft des Landwirts Franz Bender aus, dem ein Wohnhaus, ein Viehstall und eine Scheune zum Opfer fielen.

Bei Dicklebigkeit regt der krummige Gebrauch des natürlichen Franz-Josef-Bitterwurzels die Darmtätigkeit kräftig an und macht den Körper schlank.

Im Fließ, das den Sosno mit dem Rajmowocer See verbindet, erkrankte die 39 Jahre alte Perschke von hier. Sie beobachtete ein Netz, und als sie zufällig einen Fallsuchtsanfall bekam, stürzte sie ins Wasser.

Rundfunk-Programm.

Sonntag, den 22. Mai.

Königswasserhausen.

06.00: Funk-Gymnastik. Anst. Hafenzonert. 08.55: Morgenfeier. 10.05: Wetter. 11.00: Prof. Dr. W. Müller: Richard Wagner an Mathilde Wesendonck.

Breslau-Meißel.

06.15: Von Hamburg: Hafenzonert. 08.10: Schallplatten. 10.00: Katholische Morgenfeier. 11.00: Stimmen der Abseitigen.

Königsberg-Danzig.

06.15: Konzert. 09.00: Morgenandacht. 11.15: Bach-Kantate. 12.10: Konzert. 14.00: Hörbericht vom Start zum großen Motorsrennen auf dem Dürrenberg bei Sensburg.

Warschau.

12.15: Aus der Philharmonie: Beethoven-Konzert. Dir.: Fitolberg. 14.20: Populäre Musik (Tänze). 15.00: Konzert-Fortsetzung (Tänze).

Briefkasten der Redaktion.

A. B. Sie brauchen nur das zu zahlen, was die Vermieterin gefällig zu beanspruchen hat und was Sie richtig berechnet haben. Sie können das zurückfordern, was Sie in den letzten 6 Monaten zuviel gezahlt haben.

Hans R., hier. 1. Die 500 Zloty kann der Mieter nicht zurückverlangen, weil sein Anspruch darauf verjährt ist. Dagegen kann er das, was er in den letzten 6 Monaten an Miete zu viel bezahlt hat, zurückverlangen.

Thorn.

Zur Einsegnung Konfirmations - Karten Gesangbücher in vielen Sorten

Justus Wallis, Torun Papierhandlung 449, Szeroka 34.

Rohhaarmatratzen (neu) außerstbillig Schulb., Tapezierstr., Male Garbary 15. 2665

Nachhilfe allen Schülern u. Schulgegenständen durch Madamiter. 4493 Torun, Zeglarska 25, 11. 3-Z.-Wohnung mit Küche, Bromberg, Borstadt, zu vermieten. Off. u. A. 645 an A. Exp. Wallis, Torun.

Graudenz.

Bruterei, 40j. Spodzial., gef. Wn. Koods u. Zwergh. 440 gr. Grams. Grudziadz, Tel. 616 2745

Paßbilder in 1/2 Stunde lieferbar nur bei 4344

Hans Dessonneck. Photograph Józ. Wybickiego 9.

Empfehle mich zum Kochen für sämtl. Gesellschaften L. Makowska, Trynkowa 1

Ein freundlich möbl. Zimmer ab 1. Juni mit voller Pension gesucht. Off. unt. Nr. 4805 a. d. Geschäftsstelle H. Riedtke.

Großer Prozeß in Gdingen.

Gdingen, 18. Mai. („Kurjer Poznański“) Heute begann vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der Prozeß über Mißbräuche bei dem Bau des Bahnhofs und des Postgebäudes in Gdingen und über einen fingierten Ankerrott. Auf der Anklagebank nahmen Plaz Mieczyslaw Kotliński, Marcel de Vorme, Jan Mikulski, Ingenieur Wladyslaw Granowski, Ingenieur Zbyslaw Bielawski und Johannes Greuner. Die Verteidigung haben fünf Rechtsanwälte übernommen. Geladen sind 14 Sachverständige und 43 Zeugen. Am ersten Verhandlungstage begann der Vorsitzende nach Feststellung der Personalien der Angeklagten mit der Verlesung der Anklageschrift, die 93 Seiten Maschinenschrift umfaßt. Dann wurde die Verhandlung auf den 23. Mai vertagt, weil einer der Richter unverhofft die Nachricht von dem Ableben seiner Schwester erhalten hatte und noch heute zu deren Begräbnis abreisen muß!

Aus der Anklageschrift ist Folgendes hervorzuheben: Der Angeklagte Mieczyslaw Kotliński ist 45 Jahre alt, stammt aus Galizien und ist von Beruf Baufachmann. Der Angeklagte de Vorme, bis vor kurzem Beamter der Eisenbahndirektion in Danzig, ist 40 Jahre alt, stammt aus der Gegend von Sandomir und ist von Beruf Architekt; der dritte Angeklagte Jan Mikulski ist 38 Jahre alt, stammt aus Krakau und ist Bautechniker, der vierte Angeklagte Ingenieur Wladyslaw Granowski ist 50 Jahre alt und stammt aus Perikran, der fünfte Angeklagte Ingenieur Bielawski ist 42 Jahre alt und stammt aus Pommern. Der letzte Angeklagte, Johannes Greuner, ist Deutscher aus Dresden, Danziger Staatsangehöriger, 31 Jahre alt und Kaufmann in Gdingen.

Nach der Anklageschrift, die der Vorsitzende zum Teil verlas (der ganze Anklageakt konnte nicht verlesen werden, da die Sitzung, wie eingangs mitgeteilt, wegen Abreise eines Richters vertagt werden mußte), sind die Hauptangeklagten in diesem Prozeß Kotliński und Mikulski. Die Angeklagten de Vorme und Granowski sind diejenigen, die Schmiergelder genommen und die Augen zugemacht haben. Bei dem Bau des Bahnhofs in Gdingen erhielt de Vorme nach der Firma J. Mikulski in Gdingen 10 353 Zloty, und bei dem Bau des Postgebäudes in Gdingen schöpfte der Ingenieur Granowski aus derselben Quelle teils in bar, teils in Wechseln 41 500 Zloty. Noch größere Schmiergelder, nämlich 157 000 Zloty, nahm der Leiter des Postbaues, Ingenieur Edward Ruszczycki in Warschau, der augenblicklich im Warschauer Gefängnis sitzt und in dem Gdingen Prozeß nur als Zeuge vernommen werden soll. Die übrigen zwei Angeklagten, Ingenieur Bielawski und der Kaufmann Greuner, sollen Werkzeuge der „Sechse“ gewesen sein. Dem Erstgenannten wird vorgeworfen, daß er als Gerichtsaufsichtsführer für die Firma Mikulski bestellt, zum Schaden der Aufgabe, für die er berufen war, gehandelt habe, und dem Angeklagten Greuner wird vorgeworfen, daß er dabei Bielawski unterstützt habe. Kleinigkeiten innerhalb des ganzen Verfahrens.

Italienische Kriegsfreiwillige in Gdingen

Mitglieder der Organisation der ehemaligen italienischen Kriegsfreiwilligen, die auf Einladung der polnischen Legionäre eine Reise durch Polen machen und in Warschau auch von offiziellen Persönlichkeiten empfangen und bewirtet worden waren, haben gestern auch Gdingen besucht. Sie fuhrten von Thorn nach Gdingen nicht über Danzig, sondern auf einem Umwege über Karthaus.

In Gdingen wurde dann in der Aula der Marineschule eine Garibaldi-Feier veranstaltet.

Deutscher Kulturkreis und polnischer Wirtschaftskreis in Danzig

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 18. Mai.

In einer Veranstaltung des Danziger Rundfunks, die, mit Ausnahme von Hamburg und Leipzig, von sämtlichen deutschen Sendern übernommen wurde, ist u. a. auch auf die Kompliziertheit der Danziger Verhältnisse hingewiesen worden. Der Vizepräsident des Senats hielt die Einleitungsrede, der wir folgende Gedankengänge entnehmen:

Die Kompliziertheit der Danziger Verhältnisse liegt darin, daß es zwei verschiedenen sich schneidenden Kreisen angehört, einmal dem deutschen

Kulturkreis und dann dem polnischen Wirtschaftskreis. Mit beiden Kreisen ist Danzig unlösbar verbunden, denn wie überall im Grenzlands- und Auslandsdeutschtum ist auch hier in Danzig das Deutschtum selbstbewußter, als im Binnenlande selbst und wird von jedem Einzelnen, gleichviel welchen Standes und welcher Partei, ständig stark erlebt. Andererseits ist sich jeder Danziger darüber im klaren, daß Danzigs Handel und Industrie nur in einer Verbindung mit seinem jezt polnischen Hinterlande gedeihen kann. Jede der heute so oft gepriesenen politischen Lösungen des Danziger Problems, die diesen beiden Tatsachen nicht Rechnung trägt, ist keine Lösung.

Der jetzige Zustand kann nur dann erträglich gehalten werden, wenn Polen alle politischen Absichten auf Danzig restlos aufgibt, lediglich Wirtschaftsziele in Danzig verfolgt und die zwischen Danzig und Polen geltenden Verträge legal erfüllt.

Danzigs Regierung und Bevölkerung ist zu dieser loyalen Erfüllung der Verträge stets bereit gewesen, wird sich aber auch nach wie vor gegen anders gerichtete Absichten Polens auf energischste zur Wehr setzen und ist dabei völliger Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke gewiß.

Wir Ostdeutschen sind Kämpfe und hartes Leben gewöhnt. Ein Blick in die Geschichte lehrt uns aber auch, daß das deutsche Danzig, mögen die Kämpfe und Gefahren auch noch so schwer gewesen sein, bisher immer siegreich geblieben ist. Nie war Danzig seit seiner Gründung vor 700 Jahren polnisch oder auch nur ein Teil des Polnischen Reiches. Daraus schöpfen wir Mut und Hoffnung auch für die Zukunft.

Die übrigen Ausführungen galten der Werbung für Danzig.

Abonnenten auf dem Lande

welche noch nicht auf die „Deutsche Rundschau“ für den Monat Juni abonniert haben, wollen dies umgehend tun, damit eine rechtzeitige Belieferung vom 1. Juni ab erfolgen kann. Die Briefträger sowie alle Postämter in Polen nehmen Bestellungen auf die „Deutsche Rundschau“ entgegen.

Postbezugspreis

für den Monat Juni 5,39 Zł

Wieder eine Falschmeldung über Danzig.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 18. Mai.

Von der polnischen Nachrichtenagentur „Sfira“ wird die Behauptung aufgestellt, polnische Kriegsschiffe hätten im Danziger Hafen nicht die Möglichkeit, ihre Vorräte zu ergänzen oder Reparaturen vornehmen zu lassen. Diese Nachricht ist wieder einmal völlig falsch, denn die polnischen Kriegsschiffe genießen gegenüber den Kriegsschiffen anderer Nationen nach Anordnung des Senats sogar besondere Erleichterungen im Danziger Hafen. So können polnische Kriegsschiffe in dringenden Fällen ihr Einlaufen bei der Danziger Regierung auch telegraphisch und telephonisch anmelden und im Falle der Seenot ist ihnen das Einlaufen ohne jede Formalität erlaubt. Schließlich können Wünsche der Schiffsleitung nach Erleichterungen bei der Beschaffung von Vorräten, Kohlen usw. in jedem Falle der Danziger Regierung übermittelt werden, welche ihrerseits das Erforderliche bei den zuständigen Stellen veranlaßt.

Die neuen Bestimmungen der Danziger Regierung über das Einlaufen fremder, insbesondere polnischer Kriegsschiffe in den Danziger Hafen entsprechen genau dem Haager Gutachten vom 11. Dezember 1931, das vom Völkerbundrat bekanntlich angenommen wurde. Die für Polen getroffenen Erleichterungen stellen ein besonderes Entgegenkommen Danzigs dar, so daß die Falschmeldung der „Sfira“ um so weniger verständlich ist.

Achtung vor der Vergangenheit

Zum 150jährigen Bestehen der evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Warschau.

Die Entstehung der evangelischen Gemeinde Augsburgischen Bekenntnisses in Warschau fällt in die letzten Jahre der selbständigen Polnischen Republik und war möglich geworden durch das dem Polnischen Staate von Rußland aufgezwungene Warschauer Traktat (1768), das nach einem Jahrhundert schlimmster Unterdrückung den Evangelischen und nichtunierten Orthodoxen volle Glaubens- und Kultusfreiheit gewähren sollte. Nur mehr geringe Reste des einst mächtigen polnischen Protestantismus konnten sich in die Zeit der Freiheit hinüberretten; das polnische Element innerhalb des Protestantismus war nahezu ganz verschwunden, erhalten hatte sich dagegen zum größten Teile das deutsche, das durch Einwanderungen so gestärkt war, daß „die Wahrung der Dissidentenrechte geradezu eine deutsche Angelegenheit geworden war“.

Diesen eingewanderten Deutschen (hauptsächlich Sachsen, aber auch Preußen), die als Künstler, Ärzte, Bankiers, Kaufleute, Handwerker u. a. vor allem von den beiden sächsischen Kurfürsten Friedrich August I. und Friedrich August II (als polnische Könige August II. und August III.) ins Land berufen wurden und auch selbst kamen, hat auch die evangelische Gemeinde in Warschau ihre Entstehung zu verdanken.

Als diese deutsch-evangelische Gemeinde im Jahre 1755 an den Bau eines eigenen Gotteshauses schritt (ausgeführt 1777—1779), zählte sie ungefähr 5000 Seelen. Ihre zwei Pfarrer, der Elbinger E. W. Ringeltaube und der Königsberger Fr. Cernili, waren Deutsche, auch weist die Liste der Gemeindefürsprecher und der Gemeindefürsprecher keinen einzigen polnischen Namen auf. Hat auch die ganze Gemeinde in opferwilligster Weise zum Bau der Kirche beigetragen, so war

er doch ein Verdienst des deutschen Bankiers des letzten polnischen Königs, Peter Tepper, sowie des deutschen Architekten und Erbauers der Kirche Simon Amadeus Zug, der nicht nur alle Arbeiten umsonst ausführt, sondern auch den größten Teil seines Vermögens diesem Zweck geopfert hatte. Von den insgesamt 543 104 Zloty tragenden Banknoten konnte der größte Teil in der Gemeinde selbst aufgebracht werden; über 100 000 Zloty kamen durch Spenden (vor allem aus dem evangelischen Deutschland) ein. Eine Restschuld von 117 945 Zloty konnte durch eine Spende der Preussischen Königin Auguste Wilhelmine, der Gemahlin Friedrich Wilhelms II., getilgt werden. So bekam die evangelische Gemeinde in Warschau ihr Gotteshaus, das einst am Rande der Stadt gebaut, heute im Mittelpunkt der Stadt liegt und wohl mit zu den schönsten und interessantesten Gebäuden der polnischen Hauptstadt gezählt werden kann.

Am 8. Mai dieses Jahres feierte nun — wie bereits in der „Deutschen Rundschau“ berichtet wurde — diese Gemeinde in feierlicher Weise die 150-Jahrfeier des Bestehens ihrer Kirche. Tempora mutantur... Die Zeiten ändern sich und die Menschen ändern sich mit ihnen! Das Programm der Feier weist keinen deutschen Festgottesdienst auf, trotzdem heute noch ein großer Teil der evangelischen Gemeinde Warschau deutsch ist und Warschau selbst der kirchliche Mittelpunkt der zu gut zwei Drittel deutschen evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Polen sein will. Auch die ansprüchlichen Berichte in den polnisch-evangelischen Blättern und in der polnischen Tagespresse verfahren nach beliebiger Manier zum großen Teil die deutsche Vergangenheit und die deutschen Verdienste um die Gemeinde.

Was besonders schmerzhaft berührt, ist, daß man heute in Warschau so wenig Ehrfurcht vor der eigenen Vergangenheit hat, daß man diejenigen Männer, denen die evangelische Gemeinde alles zu verdanken hat,

Polnische Boykott-Propaganda gegen Danzig.

Der „Dziennik Bydgoski“ veröffentlicht einen Appell der Danziger Sektion des polnischen Verbandes der Gastwirtsangeestellten, in dem zu einem Boykott einer Reihe von Lokalen in Zoppot aufgefordert wird, weil diese es angeblich ablehnen, polnische Kellner zu beschäftigen. Es werden mehrere Lokale genannt. In dem Blatt wird die Drohung ausgesprochen, man werde diejenigen Polen, die die genannten Lokale besuchen, photographieren und ihre Bilder veröffentlichten, damit sie dadurch an den Pranger gestellt werden. In demselben „Dziennik Bydgoski“ wird jetzt ein Danziger Café in der Banggasse als „Treffpunkt der polnischen Elite“ inseriert, nachdem vorher in polnischen Zeitungen vor dem Besuch dieses Cafés durch Polen gewarnt worden war.

Bezeichnend ist es auch, daß das neue, angeblich pazifistische Wirtschaftsblatt, die „Nowa Epoka“, das von dem früheren Vertreter der „Gazeta Handlowa“ geleitet wird, gegen die angebliche Hitler-Freundlichkeit der „Amada“ Margarine-Fabrik in Danzig und den polnischen „Fettin“-Industriellen Schicht zu Felde zieht und dann mit dem drohenden Satz schließt: „Zunächst beschränken wir uns wegen Platzmangels auf die Veröffentlichung dieser Tatsachen und behalten uns vor, in der nächsten Ausgabe unseres Blattes umfassende Enthüllungen in dieser Angelegenheit bekannt zu geben.“

Dieser Schlußsatz dürfte Anlaß zu dem Verdacht geben, daß hinter dieser Notiz die Absicht einer Exzpression steckt.

Deutsche Kriegsschiffe kommen nach Danzig

In der letzten Mittwoch findet in Danzig das 500-jährige Stiftungsfest des St.-Jakobs-Hospitals statt, in dem im Laufe der Jahrhunderte zahlreiche hilfsbedürftige deutsche Seeleute Aufnahme gefunden haben. Bei dieser Feier wird die deutsche Marine durch das Atlantischiff „Schlesien“ und zwei Torpedoböote vertreten sein. Die Anwesenheit der Kriegsschiffe ist für die Zeit vom 23. bis 27. Mai vorgesehen.

52 Arbeiter bei einem TunnelEinsturz getötet.

Santiago de Chile, 18. Mai. Zweihundtfünfzig Arbeiter sind einem TunnelEinsturz bei Lonquimay in der Provinz Corin zum Opfer gefallen. Der neue transandische Tunnel stürzte zum Teil ein und sperrte die Arbeiter ab. Als die Rettungsmannschaften die Verschütteten erreichten, konnten sie nur noch die Leichen bergen, da der Tod durch Erstickung bereits eingetreten war.

Kleine Rundschau.

Heimflug des „Do X“

Das deutsche Flugboot „Do. X“ hat von Song Island aus den Rückflug nach Europa angetreten. Das Flugboot hat unmittelbar nach dem Abflug die funktentelegraphische Verbindung mit der Hamburger Seewarte aufgenommen, die während der ganzen Nacht fortlaufend Wetterberichte der Leitung des Flugbootes übermittelt hat. Nach den bisherigen Meldungen sind die Wetterverhältnisse über dem Atlantik im Augenblick günstig. Nach St. Johns, dem an der Ostküste gelegenen Hafen Neufundlands, wo nach Übernahme weiterer Brennstoffvorräte die eigentliche Atlantiküberquerung angetreten werden soll, ist nächstes Etappenziel Horta auf den Azoren, wo wieder getankt wird. Von Horta soll dann der Kurs nach dem spanischen Hafen Vigo führen. Erst nach dem Eintreffen in Europa dürfte es sich entscheiden, welches das Endziel dieses großen Fluges der „Do. X“ sein wird. Feststeht bisher nur, daß das Flugboot vorläufig nicht nach seiner Heimat, dem Bodensee, zurückkehrt. Man rechnet vielmehr damit, daß es als erstes deutsches Hafenvielleicht zunächst Hamburg oder auch Travemünde ansternern wird.

Radiobesitzer

finden das wöchentliche Rundfunkprogramm in den Zeitschriften „Die Sendung“ (Nr. 65 Gr.), „Europastunde“, „Funkpost“ u. a. Zu haben bei D. Bernick, Buchh., Bydgoszcz, Dmroczowa 7. (845)

verleugnet. Ihre Namen werden oft bis zur Unkenntlichkeit polonisiert — aus dem Erbauer der Kirche, Simon Amadeus Zug, ist ein Szymon Bogumil Zugl geworden, aus Peter (auch Petrus) Tepper ein Piotr Tepper usw. — und so wird jede Spur evangelischer Lebensausgestaltung. Mehr Ehrfurcht vor der eigenen Vergangenheit könnte man mit Rücksicht auf die oft beschworene „traditionelle Toleranz“ schon aufbringen!

In seiner Antwort auf den „offenen Brief“ des D. Freiherrn von Bethmann spricht Generalsuperintendent D. Bursche davon, daß in der Warschauer Kirche Polen und Deutsche friedlich nicht bloß neben, sondern miteinander leben und daß er selbst stets bemüht sei, den Frieden zwischen den Nationen innerhalb der evangelischen Kirche anzustreben.

Solche für das Ausland bestimmten Äußerungen werden heute kaum noch im Ausland Eindruck machen. Wer aber aus jahrelangen Erfahrungen die Verhältnisse kennt, wie sie wirklich liegen, der weiß, was er von ihnen zu halten hat. Wir wünschten, es wäre so! Soll daran erinnert werden, daß an der Spitze der Warschauer Gemeinde als weltlicher Präses der bekannte Senator Evert steht, der auf parlamentarischem Boden den schärfsten Kampf gegen die deutsche und damit auch evangelische Schule führt? Weiß Herr Generalsuperintendent D. Bursche nichts von den Übergriffen der Warschauer Kirche in die Kirchengemeinde der anderen deutschen evangelischen Kirchen in Polen?

Er weiß dies alles wohl, ebenso wie er die deutsche Geschichte seiner Gemeinde kennt. Aber man verschweigt die Geschichte nach einem ungeschriebenen Gesetz der polnischen Taktik — mit der gleichen Harmlosigkeit und Großzügigkeit, mit der die Hunderttausende von unbekannten deutschen Soldaten verschwiegen werden, auf deren Gebeiß sich der neue polnische Freiheitsbau erhebt.

Das Biludski-Lager

und seinen Nationalsozialisten.

In der letzten Zeit beschäftigt sich der nationaldemokratische „Kurjer Poznański“ häufig mit der Frage, welchen politischen Elementen sich die jetzige Regierungspartei im Parlament zusammensetzt. In einem kürzlich erschienenen Artikel betonte das Blatt besonders, daß zu der Linksgruppe des Biludski-Lagers die „Vereinigung der Arbeit in Stadt und Land“ (Zjednoczenie Pracy Miast i Wsi) gehöre, deren publizistisches Organ der „Przelom“ (Die Dreifache) sei. Dieser „Przelom“ — so heißt es im „Kurjer Poznański“ — will, daß der polnische Staat sich verfassungsmäßig nach dem Muster der Sowjets umgestaltet.

In einem weiteren Artikel des Posener nationaldemokratischen Blattes wird dann noch zum gleichen Thema folgendes ausgeführt: Außer den dem Kommunismus nahestehenden Elementen sehen wir im Regierungslager auch ihm verwandte sozialistische Elemente, und zwar solche, die mehr oder minder kräftig ihre internationale Solidarität betonen, und solche, die sich national nennen. Zu den ersteren sind zu zählen der Verband der Berufsverbände Moraczewski und die revolutionäre Fraktion der PPS (des Herrn Jaworski), die sich PPS nennt. Zu den zweiten zählt man die sogenannten Ciszak-Leute, nämlich die linksgerichtete Sektion der Nationalen Arbeiterpartei, die sich neuerdings umgestaltet hat in die sogenannte Nationalsozialistische Partei. Die Führer dieser Partei in Kongresspolen, Waszkiewicz und Szczygiel, sind seit dem Weltkriege angeschlossen mit dem Biludski-Lager verbunden. In dem Entwurf eines Programms dieser Partei, die zum Lager des PPS gehört, der kürzlich veröffentlicht wurde, heißt es gleich im Anfange:

„Der nationale Sozialismus kommt, um die Reste dessen, was die verschwindende Epoche geschaffen hat, zu liquidieren, die Leiche zu entfernen und das Feuer der neuen sozialpolitischen Bewegung anzufachen. Nach der Mera der Schlächter und der Bourgeoisie kommt jetzt die Klasse der physischen und geistigen Arbeiter in Stadt und Land an die Reihe. Ihre geschichtliche Aufgabe ist, das Volk zu organisieren, daß es fähig ist, aus den während der Herrschaft der Bourgeoisie entstandenen und jetzt absterbenden Schmarozger und Drogen, die das, was die früheren Geschlechter erworben haben, verzehren, ein Volk zu bilden, das einen geschlossenen und selbständigen Organismus der Arbeit bildet, einer Arbeit, die fähig ist, die höchsten materiellen und geistigen Werte zu schaffen, das Volk auf den Gipfel der kulturellen Entwicklung zu erheben und ihm eine Heimat des besten Rechts, des höchsten Wohlstandes und der höchsten, aus der Arbeit entspringenden Moral zu bereiten. Das Volk, das heute nur eine kulturelle und politische Einheit darstellt, wird dann auch eine wirtschaftliche Einheit bilden. Die Rolle des Liquidators des morschen, den Organismus des freien Volkes vergiftenden Überrestes aus den Seiten der Unfreiheit, spielt seit dem Jahre 1926 das Lager des Marschalls Biludski mit seiner ganzen Konsequenz und Rücksichtslosigkeit, indem es gleichzeitig den Bürgern das Gefühl der Staatsgefinnung und der sozialen Disziplin einimpft.“

Nach einer umfangreichen Auslassung wirtschaftlicher und sozialer Art wird dann das Programm dieser nationalsozialistischen Partei wie folgt präzisiert:

1. Der Staat übernimmt die allgemeine Leitung des wirtschaftlichen Lebens. Die staatlichen wirtschaftlichen Zentralbehörden stellen einen allgemeinen verpflichtenden Plan für eine soziale Wirtschaft, d. h. für die indu-



strielle und landwirtschaftliche Produktion und für die Organisation der Märkte und des Verbrauchs auf.
 2. Es erfolgt eine zwangsweise Kartellisierung der industriellen Unternehmungen und des großen landwirtschaftlichen Besitzes unter staatlicher Aufsicht.
 3. Die Banken werden verstaatlicht.
 4. Es werden staatlich-soziale Kontroll-Organen für die Produktion berufen.
 5. Verstaatlicht werden die Kohlenruben, die Naphtha-Quellen und die Zuder-Industrie.
 6. Der Staat übernimmt das Monopol für den Handel mit Getreide und für den Außenhandel.
 7. Es erfolgt die Verstaatlichung einer Reihe großer landwirtschaftlicher Besitzungen, deren Eigentümer sich nicht unmittelbar mit deren Verwaltung befassen und die wirtschaftlich und technisch rückständig sind.
 8. Aus dem Rest der landwirtschaftlichen Besitzungen werden Produktions-Genossenschaften gebildet. Es wird ein allgemeiner Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften berufen für industrielle, Handels- und Instrukturzwecke.
 9. Es wird eine zwangsweise Organisation der Verbraucher in den Konsumvereinen eingeführt, wobei die Freiheit der Wahl des Vereins anbeimgestellt ist.

Der „Kurjer Poznański“ bemerkt dazu, daß die Moskauer auf das Programm neidisch sein könnten. Hinsichtlich der inneren Politik wird diese nationalsozialistische Partei folgendes eskizziert:

1. eine Reform des Wahlrechts zu den Parlamenten und den Selbstverwaltungs-Vereinigungen in der Richtung, daß der Klasse der physischen und geistigen Arbeiter ein Stimmenübergewicht über die besitzenden Klassen garantiert und dadurch die Übernahme der politischen Gewalt in ihre Hände gesichert wird;
 2. die Schaffung einer Obersten Wirtschaftskammer an Stelle des Senats, in der die Vertreter der Berufsorganisationen und der Genossenschaften aus der Welt der Arbeit mit den Vertretern der staatlichen und Selbstverwaltungsunternehmungen das Übergewicht erhalten sollen.“

„Über dies alles soll“, so fügt der „Kurjer Poznański“ hinzu, „im Einklang damit stehen, daß der Diktatur ein langes Leben gesichert wird, und zwar in der Weise, daß für deren Beseitigung eine qualifizierte Mehrheit gefordert wird.“

Die Wetterfahne.

Der „Flustrowany Kurjer Codzienny“ hängt den Mantel nach dem Winde.

Im Krakauer „Goniec“ war seinerzeit ein Artikel erschienen, in welchem dem Abg. Dabrowski in seiner Eigenschaft als Verleger und Hauptschriftleiter des „Flustrowany Kurjer Codzienny“, der größten polnischen Zeitung, Vorhaltungen ethischer Natur gemacht worden waren. Es hieß in dem Artikel, daß Herr Dabrowski ein Journalist sei, der nicht gerade einen guten Ruf genieße. Herr Dabrowski habe nicht das geringste Recht, zum Sejm zu kandidieren, er müsse sich erst vor Gericht von verschiedenen Vorwürfen bereinigen, die ihm von der öffentlichen Meinung gemacht worden seien. In diesem Artikel war auch die Rede davon, daß Herr Dabrowski seine politischen Ansichten wiederholt geändert habe. Durch diese Äußerungen fühlte sich Dabrowski beleidigt und strengte eine Privatklage gegen die verantwortlichen Redakteure des „Goniec“ an.

Die Verhandlung fand dieser Tage vor dem Bezirksgericht in Warschau statt. Der als Zeuge vernommene Publizist Adolf Nowaczynski erklärte, er habe die Tätigkeit des „Flustrowany Kurjer Codzienny“ seit dem Jahre 1916 verfolgt. Der Stil und der Geist, in welchem der „Flustrowany Kurjer Codzienny“ geleitet wurde, habe bei jedem Publizisten Bedenken hervorrufen müssen. Er selbst halte das Blatt für das unmoralischste Organ in Polen.

Über die von Dabrowski herausgegebene Zeitschrift „Dajny Detektyw“ äußerte sich der Zeuge wie folgt: „Diese Zeitschrift habe einen fatalen Einfluß auf das Umsichgreifen der Verbrechen. In Amerika zieht man die Herausgeber solcher Blätter zur strafgerichtlichen Verantwortung. Ich betrachte den „Dajny Detektyw“ als sehr schädliche Publikation und habe im Einvernehmen mit Faktoren, welche einmal den entscheidenden Einfluß haben werden (??), eine Aktion eingeleitet. Diese Zeitschrift wird in einer Auflage von 200 000 Exemplaren verbreitet. Früher oder später muß diese Zeitschrift liquidiert werden, weil die Behörden und die Gerichte sich von seiner Schädlichkeit überzeugen werden.“

Das Weichen des Krakauer „Kurjer“ beruhe auf der andauernden Änderung der Ansichten und Grundzüge und darauf, daß er schon Worte für diejenigen gefunden habe, die Einflüsse und Geld besitzen. Von ähnlichen Grundzügen lasse sich auch der Herausgeber der Zeitung, Marjan Dabrowski, leiten. Er habe dem „Piast“ angehört und werde sich sicher wieder zu ihm bekehren, wenn die Piastpartei wieder an die Macht gelangt. Man könne von einer Zeitung nicht sagen, daß sie z. B. antikommunistisch sei, wenn sie gleichzeitig philosemitisch ist, manchmal für die Sanierung, dann auch gegen sie ausricht,

einmal für den Katholizismus Propaganda macht und sich dann wieder gegen den Katholizismus wendet.

Der nächste Zeuge sagte über den Inseratenteil der Zeitung aus. Bekannt sei die Tatsache, daß man den Fürsten Radziwilk und Potocki vorgeschlagen habe, ihre Biographien gegen Bezahlung von mehreren tausend Bloty für eine Textseite in der Zeitung aufzunehmen. Dem Gerichtshof wurde ferner ein ganzer Haufen von im „Flustrowany Kurjer Codzienny“ veröffentlichten Inseraten vorgelegt, über die der Zeuge Nowaczynski folgende Ansicht äußerte: „Der Inseratenteil des Krakauer „Kurjer“ ist eine in der ganzen Weltpresse einzigartige Erscheinung der Apathelei und der Vermittlung zwischen der Welt der Prostituierten und den Herren, die Geld haben. Dies macht man offiziell, trotzdem für ähnliche Handlungen ein jeder Jude verhaftet und wegen Diebstahl von Material für Fremdenhäuser verurteilt worden wäre.“

Aus den Aussagen der übrigen Zeugen, des Senators Korsant, des Abg. Rybarski u. a. m. ging hervor, daß sich verschiedene Vertreter des „Flustrowany Kurjer Codzienny“ an die oberste schlesische Schwerindustrie mit dem Vorschlag gewandt hätten, Anteile des Verlages des „Flustrowany Kurjer Codzienny“ zu kaufen oder dieses Verlagsunternehmen zu subventionieren. Im Laufe dieser Verhandlungen veröffentlichte der „Flustrowany Kurjer Codzienny“ eine Reihe von Notizen, in denen die Schwerindustrie angegriffen wurde. Im Ergebnis wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Der als Zeuge vernommene Abg. Professor Stefan Dabrowski aus Posen (Nationale Partei) sagte über die seltsame Wanderung eines Briefes von Millerand aus. Im Jahre 1925 hatte Professor Dabrowski in Paris mit Millerand eine nähere Bekanntschaft geschlossen und das Interesse des französischen Staatsmannes für polnische Fragen geweckt. Nach der Rückkehr aus Paris unterhielt Professor Dabrowski mit Millerand einen Briefwechsel; im Mai 1926 richtete er an ihn ein Schreiben, das verschiedene neue Informationen enthielt. Prof. Dabrowski hat die von ihm erwartete Nachricht nicht erhalten. Dagegen fand er im „Flustrowany Kurjer Codzienny“ einen photographischen Abdruck eines Schreibens mit dem Poststempel von Millerand, in welchem der gewesene Präsident Frankreichs sich über die Verhältnisse in Polen äußerte. Unter dem im „Flustrowany Kurjer Codzienny“ veröffentlichten Schreiben stand die Erklärung, daß dies ein Brief Millerands an den Redakteur Marjan Dabrowski sei, wiewohl der Brief für den Professor Stefan Dabrowski in Posen bestimmt und auch an ihn adressiert war. Auf welche Weise dieser Brief an den „Flustrowany Kurjer Codzienny“ gelangte, hätte nur die Post erklären können. Prof. Dabrowski wandte sich später an den Redakteur Marjan Dabrowski mit der Bitte, ihm den für ihn bestimmten Brief auszuhändigen und ihm Genehmigung zu geben, erstelt aber bis jetzt weder den Ori-

malbrief noch die verlangte Genehmigung. Nach den Reden der Verteidiger und dem Schlußwort der Angeklagten kam das Gericht zu einem Freispruch mit der Begründung, daß die Verhandlung eine negative Beurteilung der Tätigkeit des Abg. Dabrowski ergeben habe.

Nach diesem Urteil kann die Äußerung, daß der Chefredakteur des „Flustrowany Kurjer Codzienny“ als Journalist einen zweifelhaften Ruf genieße, nicht als Beschimpfung, sondern nur als Feststellung einer objektiven Tatsache angesehen werden. In der Wertung der moralischen Physiognomie des Herausgebers und Chefredakteurs des „Flustrowany Kurjer Codzienny“ bestand übrigens in den politischen Kreisen niemals die geringste Meinungsverschiedenheit. Es gibt zwar Leute, die zur Nachsicht neigen und zugunsten des Krakauer „Kurjer“ den Umstand anführen, daß in diesem großen Warenhaufe alles Mögliche feilgeboten werde, der Leser sich also aus der Masse des verschiedenartigen Materials gelegentlich eine vernünftige Ansicht oder eine richtige Information holen könne. Daß dieser nachsichtige Standpunkt, gelinde ausgedrückt, nicht einwandfrei ist, haben auch wir wiederholt betont, wobei wir verschiedene antideutsche Artikel dieses Blattes zitierten und bei dieser Gelegenheit auf die von dem polnischen Außenminister August Zaleski im Völkerbunde eingebrachte „moralische Abrüstung“ hinwiesen. Dem „Flustrowany Kurjer Codzienny“ würde es keine Mühe machen, moralisch abzurüsten, — er hatte nach unseren Erfahrungen ja nie eine moralische Rüstung an.

Ein edles Kleeblatt.

Eine Reihe reichsdeutscher Zeitungen bringt den von der Telegraphen-Union veröffentlichten Text eines Briefes des Herrn Krashukki, der neben Herrn Küster die Zeitschrift „Das andere Deutschland“ leitet, an Jan (neuerdings Johannes) Danielewski, den Vorsitzenden des von polnischen Regierungsmitteln gespeisten „Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbundes“, einer Organisation, die sich mit ihrem „Deutschen Volksboten“ vergeblich um die Zersekung der deutschen Minderheit in Polen bemüht. Der Inhalt dieses Briefes beleuchtet schlaglichtartig das Zusammenwirken der sogenannten Passifisten vom „Anderen Deutschland“ nicht nur mit dem (erwähnten) Sanacja = Danielewski = Bund in Lodz, sondern ebenfalls mit chauvinistisch eingestellten polnischen Publizisten eines polnisch gedruckten Sanacja-Blattes wie des Krakauer „Flustrowany Kurjer Codzienny“, der jeden Tag eine neue Sekluge gegen das Deutschtum fabriziert.

Der Brief des Herrn Krashukki an die Organisation Danielewski hat folgenden Wortlaut:

„Liebe Freundel! Besten Dank für Ihre Mitteilung über den Genfer Minderheitenkongreß und für den Artikel von Dr. Annende. Wir haben aus beiden einen Artikel gemacht, der heute im „Anderen Deutschland“ gedruckt wird und den Sie vielleicht dort verwenden können. . . Außerdem ist es mir gelungen, von der hiesigen Redaktion des „Flustrowany Kurjer Codzienny“ die Zusage zu erhalten, daß ich einen Artikel für dieses Blatt über den Minderheitenkongreß und die Reise von Herrn Danielewski nach Genf dort schreiben soll. Ich habe ihn schon zur Hälfte fertig und bitte Sie also, in den nächsten Tagen auf den „Flustrowany“ zu achten.“

So ist es also mit dem „Anderen Deutschland“ der Krashukki-Küster und mit dem „Deutschen Volksboten“ der Danielewski-Gebauer bestellt! „Sage mir, mit wem du gehst, und ich will dir sagen, wer du bist!“ Des Geistes Kinder diese „anderen Deutschen“ sind, weiß man übrigens schon vor der Kenntnisnahme dieses dreieckigen Freundschaftsbundes.

Rundschau des Staatsbürgers.

Eine wichtige Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes.

Die Tatsache, daß die Gerichtsbarkeit in Polen noch nicht vollständig unifiziert worden ist, hat besonders auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechtes manche Unstimmigkeiten, Unklarheiten und Nachteile zur Folge. Eine unter den gegebenen Verhältnissen besonders häufig vorkommende Erscheinung war die Frage der Rechtskräftigkeit der Exekutionsklausel in den verschiedenen Teilgebieten. Das Appellationsgericht in Posen hatte bekanntlich durch Entscheidung vom 22. April 1931 den Grundsatz aufgestellt, daß Exekutionsklauseln, die von Gerichten im ehemals russischen Teilgebiet ausgefolgt werden, im Bereich des ehemaligen preussischen Teilgebietes nicht vollstreckbar sind. Unter Hinweis auf die Unge rechtigkeit dieser These, wandte sich der Zentralverband der Polnischen Industrie, des Bergbaues, Handels und der Finanzen seinerzeit an das Justizministerium mit dem Antrage, eine Entscheidung dieser Frage durch den Obersten Verwaltungsgerichtshof zu veranlassen. Daraufhin sind denn auch seitens der Obersten Gerichtsinanz (Vereinigte Zollkammern Nr. 3, Prez. 124/31) folgende Grundsätze aufgestellt worden:

1. Eine Akte, die auf Grund des Art. 161 und sodann 365 des Gesetzes über das Zivilgerichtsverfahren vom Jahre 1864 (russisch) mit einer Exekutionsklausel versehen worden ist, unterliegt auch der Vollstreckung im Bereich des Gebietes, das der Wirksamkeit des Gesetzes über das Zivilgerichtsverfahren vom Jahre 1877 (deutsch) unterstellt ist.
2. Sofern auf Grund einer Akte, die mit einer Exekutionsklausel laut Art. 161 und 365 des Gesetzes über das Zivilgerichtsverfahren vom Jahre 1864 versehen ist, eine Vollstreckung auf einem Gebiet durchgeführt wird, das dem Wirksamkeitsbereich des Zivilgerichtsverfahrens vom Jahre 1877 untersteht, so kann der in diesem Gebiet wohnhafte Schuldner gegen die von der Klausel erfasste Forderung auf Grund der §§ 767 und 797, Punkt 4 und 5 des Gesetzes über das Zivilverfahren vom Jahre 1877 ein Verfahren gegen den Gläubiger bei einem Gericht anhängig machen, in dem der Schuldner zuständig ist, ohne Rücksicht darauf, wo sich der Wohnort des Gläubigers befindet.

